

AL Info³ / 16

3 Mischa Schiow löst Corin Schäfli im Gemeinderat ab. Im Gespräch loten sie aus, was sich jetzt ändert.

4 Kinderbetreuung JA! Stimmen aus dem Komitee und Antworten zu den wichtigsten Fragen.

6 Braucht die AL Staatsanwälte? Manuela Schiller beantwortet diese Frage kontrovers.

AZB
CH-8026 Zürich
Post CH AG

Halbzeit im Gemeinderat

In der Legislatur 2014-2018 besteht die AL-Fraktion im Gemeinderat aus 9 Mitgliedern. Sie hat sich bei den Wahlen beinahe verdoppelt, stark verjüngt und hat als einzige Fraktion im Rat eine Frauenmehrheit. Noch.

Die erste Zeit war durch eine intensive Lernphase aller Beteiligten geprägt. Während die alten Hasen, die jetzt den kleineren Teil der Fraktion ausmachen, alle Hände voll damit zu tun hatten, die Rookies zu instruieren, kämpften diese darum - trotz ihres noch lückenhaften Wissens - im Rat, den Kommissionen und auch in der Fraktion selbst eine Stimme zu gewinnen. Mit mehr Sitzen kam auch die Teilnahme in neuen Kommissionen dazu. Seit 2014 hat die AL in allen Kommissionen des Gemeinderats Einsitz – ein Umstand, der die parlamentarische Arbeit begünstigt. Und viel Arbeit mit sich bringt. Um die steigende Komplexität unserer Tätigkeiten zu managen, haben wir seit ca. einem halben Jahr eine Fraktionssekretärin eingestellt, Ursina Klausser, die ihre Aufgabe im August an Markus Gafner weitergibt.

Politisch angekommen

Politisch hat die neue Fraktion im Gemeinderat gut Fuss gefasst. Sie ist zu einer vielseitigen und interventionstarken Fraktion im Gemeinderat der Stadt Zürich geworden. Als praktische Richtlinie zur Arbeit hinsichtlich des Polizeidepartements hat die Fraktion inzwischen ihre Legislaturziele verfasst, die sie in den zentralen politischen Themenbereichen bis Ende 2017 erreichen will. Dazu gehören die Senkung der Anzahl Bussen wegen Cannabis-Konsums, eine spürbare Verbesserung im Bereich racial profiling, die Einrichtung einer unabhängigen Be-

schwerdestelle für Polizeieingriffe, eine Transparenz und Fairness in der Handhabung der Polizeidatenbank Polis sowie eine generelle Liberalisierung des öffentlichen Raums für Kunst und Ausdrucksfreiheit.

Die Fraktion hinterlässt Spuren

Konkret haben wir in den letzten zwei Jahren einiges bewirken können, was Spuren hinterlassen hat, in der städtischen Politik. Die neue Fraktion hat zur Durchsetzung einiger Konzepte beigetragen, auf deren Umsetzung wir uns freuen. Zum Beispiel die Ausgliederung des ewz aus der Stadtverwaltung. Dank der konsequenten und frühen Intervention der AL und unzähligen Gesprächen mit möglichen Bündnispartnern besteht eine reelle Chance, dieses Geschäft bereits im Rat selber zu beerdigen. Und Dank eines Rekurses von Niggi Scherr und konsequenter Rats- und Budgetarbeit konnten wir verhindern, dass ein Fernwärmeprojekt in der Stadt Zürich mittels einer Aktiengesellschaft und damit an Gemeinderat und Bevölkerung vorbei realisiert wird.

Reduktion der Zahnbürstelbesuche

Eine weitere Baustelle, an der Fortschritte gemacht werden, sind die sogenannten «Zahnbürstelbesuche», welche Stadtpolizei bisher flächendeckend bei erleichterten Einbürgerungen durchgeführt hat. Durch die Intervention der AL werden diese Besuche nun nur noch in ca. 80 Prozent der Fälle durchgeführt und finden hoffentlich bald nur noch in Einzelfällen statt.

Einsatz für Sexarbeiterinnen

Auch hat die AL-Fraktion gegen die

gewerbefeindlichen Bestimmungen der Prostitutionsgewerbeverordnung gekämpft. Grundsätzlich ist die Fraktion für deren Aufhebung. Konkret versuchen wir eine Lockerung der Zimmerbeschränkung, sowie eine Abschaffung der unsinnigen Ticketautomaten für Sexarbeiterinnen zu erreichen. Zudem möchten wir planungsrechtlich die Aufhebung des 50%-Wohnanteilverbots für Salons erreichen.

Gegen Luxussanierungen

Nicht zuletzt konnten wir dieses Jahr in der Budgetdebatte die Luxussanierung und somit die Auflösung der alternativ genutzten Liegenschaft am Burenweg verhindern.

Vielversprechende Städtepartnerschaft

Unser neuester Erfolg ist die durch Ezgi Akyol geforderte Städtepartnerschaft mit dem kurdischen Diyarbakir. Nicht nur hoffen wir, der kriegsgeschädigten Stadt solidarisch zur Seite zu stehen, auch ist die Partnerschaft für Zürich in politischer und kultureller Hinsicht interessant, da sich in Diyarbakir eine Bewegung formiert, die neue alternative Lebenskonzepte und politische Modelle entwickelt.

Fraktion im Wandel

Ich selbst verabschiede mich aus dem Rathaus und begrüsse Mischa Schiow als neuen AL-Gemeinderat. Ich werde die hektischen Fraktionssitzungen im Karl der Grosse vielleicht gelegentlich vermissen, freue mich aber schon darauf an sonnigen Mittwochnachmittagen am Rathaus vorbeizufahren und zu wissen, dass die AL-Fraktion dort drin gute Arbeit macht.

Corin Schäfli

Parolen und Positionen

Abstimmungen vom 25. Sept. 2016:

Stadt ZÜRICH

Neubau ZSC Stadion **NEIN**

Änderung der
Parkierungsgebühren **JA**

Kanton ZÜRICH

AL-Initiative „Bezahlbare Kinderbetreuung für alle“ **JA**

Übrige Parolen an der VV im August.

Termine

Dienstag, 30. August, 19 Uhr:
Kantonale AL-Vollversammlung.

Samstag, 10. September, 15 Uhr:
Möslifest - Spendenfest für das Quartier der Roten Falken an der Möslistrasse 50 in Stallikon

Dienstag, 27. September, 19 Uhr:
Städtische AL-Vollversammlung

Impressum

Alternative Liste (AL) al-zh.ch

Sekretariat Corin Schäfli
Molkenstr. 21, 8004 Zürich
sekretariat@al-zh.ch
Tel. 044 242 19 45
Natel: 076 577 45 19

IBAN CH53 0900 0000 8706 3811 5

Erscheint 6 mal jährlich

Auflage/Druck 2200 Ex.,
Druckerei Nicolussi, Zürich

Layout Corin Schäfli, Dayana Mordasini

Redaktion Dayana Mordasini, Corin Schäfli, Niklaus Scherr, Attilio Stoppa, Mischa Schiwow

Personelle Wechsel

Die letzten drei Monate waren für die AL eine bewegte Zeit mit einigen personellen Wechseln.

Wir möchten an dieser Stelle allen danken, die für die AL eine neue Aufgabe übernehmen oder eine alte nach getaner Arbeit weitergeben. Als erstes haben wir nach dem Weggang von Dayana Mordasini aus dem Sekretariat mit Markus Gafner einen neuen Sekretär gewonnen. Markus wird ab August diese Schlüsselrolle für die AL übernehmen. Mit seinem 70%-Pensum wird er neben der Geschäftsstelle auch das Fraktionssekretariat abdecken, für das bis Juni Ursina Klauser zuständig war. Corin Schäfli ist aus dem Gemeinderat zurückgetreten, um fokussierter und

in einem 40%-Pensum auf dem Sekretariat zu arbeiten. Ihren Sitz übernimmt Mischa Schiwow. Er wird dafür den Vorstand verlassen, in dem er zwei Jahre mitgearbeitet hat. Neu begrüßen wir im Vorstand AL-Kantonsrätin Laura Huonker und AL-Schulpflegerin Ladina Barbadimos. Im Schulkreis Uto gibt Thomas Müller sein Mandat als Schulpfleger ab, als Nachfolgerin tritt Brigitte Allenbach an. Die Mitgliederversammlung hat im Mai mit Stephan Schnidrig einen neuen Revisor gewählt. Und am 25. September wird der von der IPK portierte Manuel Hauser als neuer AL-Bezirksrichter gewählt.

Die Redaktion

Wir brauchen Geld

Unser Mindest-Budget für die Abstimmungskampagne der Kinderbetreuungsinitiative beträgt 145'000 Franken. Es wird zur einen Hälfte über fest zugesicherte Beiträge der unterstützenden Parteien und Organisationen und zur anderen Hälfte über Spenden von Einzelpersonen, Firmen und Organisationen finanziert.

Bis zu den Sommerferien möchten wir 40'000 Franken im Spendentopf haben, um die Kampagne im geplanten Umfang durchzuführen. Dieses Ziel haben wir mit den eingenommenen Spenden noch bei weitem nicht erreicht.

Deshalb brauchen wir Deine Unterstützung: Jetzt auf PC 87- 63 811- 5, IBAN: CH53 0900 0000 8706 3811 5, Vermerk: «Kinderbetreuung» einzahlen. Damit finanzieren wir Abstimmungsflyer, Inserate und hauptsächlich den Aushang der Plakate (siehe unten). Je mehr Plakate wir aufhängen können, desto sichtbarer werden wir und desto grösser sind unsere Erfolgchancen. Ein Plakataushang eine Woche an einem Standort kostet ca. 300 Franken. Vielleicht möchtest du eines mehr finanzieren? Ganz herzlichen Dank im Namen des Komitees Kinderbetreuung Ja und des Kampagnenteams.



*Wir wollen eine echte
Chance für die Vereinbarkeit
von Familie und Beruf.*

Brigitte und Gaudenz, Eltern

JA
25.9.16

**Bezahlbare
Kinderbetreuung
im Kanton Zürich**

kinderbetreuung-ja.ch

Wechsel im Rat: Mischa Schiowow und Corin Schäfli im Gespräch



Corin Schäfli: Du hast mich diese Woche im Gemeinderat abgelöst. Hast du eigentlich damit gerechnet, dass du irgendwann im Parlament landest oder hast du dich auf Platz 2 nach mir als Listenfüller gefühlt?

Mischa Schiowow: Ich bin seit 16 Jahren immer wieder für die AL als Listenfüller angetreten. Aber dieses Mal war mir schon bewusst, dass der Fall eintreten könnte, dass ich im Falle einer Rochade nachrücken würde. Als das dann tatsächlich eintraf, war ich ein wenig überrumpelt, aber jetzt freue ich mich auf die Arbeit im Rat.

CS: Manche sind mit der Tatsache, dass die Fraktion jetzt ihre Frauenmehrheit verliert, ein wenig unzufrieden.

MS: Ja, das ist ein wenig schade. Die AL-Fraktion ist in den letzten Jahren jugendlicher und femininer geworden und das hat ihr gutgetan, weil Frauen für emanzipatorische Anliegen sensibler sind. Der Rat ist stark männerdominiert, nicht nur zahlenmässig, sondern auch, weil die Männer dazu neigen, sich wie Gockel aufzuführen. An meiner ersten Sitzung sind fast nur Männer zu Wort gekommen. Das finde ich problematisch.

CS: Mir waren Umweltthemen immer ein grosses Anliegen, das ich in der Fraktion vertreten habe. Geht dieses Thema jetzt verloren?

MS: Nein. Zumindest sicher nicht, was das Thema Verkehr betrifft. Auch ich bin Alltagsvelofahrer. Das Umdenken in diesem Bereich ist mir ein grosses Anliegen und ich werde diesen Aspekt weitertragen.

CS: 1980, ein Jahr, bevor ich geboren wurde, um eine politisch ereignislose Kindheit auf dem Land zu verbringen, hast du den Opernhauskrawall erlebt. Steckt der revolutionäre Geist noch in dir?

MS: Ich war lange in der kommunistischen Bewegung unterwegs. Das gewaltsame Ergreifen der Macht war da ein zentrales Thema. Ich selbst konnte mir das allerdings nie plastisch vorstellen und fühlte mich deshalb irgendwann nicht mehr richtig zugehörig. Heute bin

ich zwar kein integraler Pazifist, ich glaube, es gibt Situationen in denen Gewalt gerechtfertigt oder notwendig ist. Aber in der Schweiz besteht diese Situation sicher nicht.

CS: Was bedeutet deine Geschichte für deine heutige Politik?

MS: Eine historische Perspektive ist sehr hilfreich, wenn man politisieren will. Ich bin froh, ein Bewusstsein dafür zu haben, wo Zürich vor 35 Jahren stand. Ich denke, dass die Revolten der 80er uns weitergebracht haben. Und die Stadt hat sich seither generell eher positiv entwickelt. Das Klima ist weniger repressiv und Zürich ist eine angenehme Stadt, um zu leben, gesetzt den Fall, dass man die Mittel dafür hat. Ist dies jedoch nicht der Fall, wird es schwieriger. Auch das Leben als Ausländerin ist sicher schwerer. Zwar ist Racial Profiling heute wenigstens ein Thema, aber grundlegend geändert hat sich nicht viel. Bei all den vielen positiven Veränderungen, die wir heute in Zürich haben, ist es wichtig, zu verhindern, dass diese nicht zulasten der Schwächsten ausfallen.

CS: Im Gegensatz zu mir bist du ein gebürtiger Kreis 7ner. Was bedeutet das?

MS: Das Aufwachsen zwischen Züriberg und Seefeld prägt. In meiner Kindheit war der Züriberg eine Hochburg des Bürgertums und das Seefeld ein „Ghetto“ und sicher noch kein Trendquartier. Damals gab es dort noch viele Altliegenschaften mit erschwinglichen Mieten. Heute ist es kaum mehr möglich, dort eine bezahlbare Wohnung zu bekommen.

CS: Teilst du die Meinung, man sollte die Langstrasse nicht autofrei machen, weil das die Mieten in die Höhe treibt. Ist es vernünftig, die Stadt möglichst voller MIV und grau zu halten, damit sie für die oberen Schichten nicht zu attraktiv wird?

MS: Ich denke, dass es möglich ist, das Leben in der Stadt angenehm zu machen, ohne den wirtschaftlich schwächeren Teil der Wohnbevölkerung zu vertreiben. Das bedeutet auch, dass man sich auch Veränderungen, die grundsätzlich positiv scheinen, gut überlegen muss und ihnen nur dann zustimmen darf, wenn sie nicht zulasten der Durchmischung der Quartiere erfolgen. Ich finde auch nicht, dass Zürich eine graue Stadt ist. Es ist eine lebenswerte Stadt mit viel Grün- und Freiraum.

AL Buchtipp

Attilio Stoppa empfiehlt:



Colin Crouch: «Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus». Verlag Suhrkamp, Berlin 2011. ISBN 978-3-518-42274-8.

Als Lehman Brothers 2008

Insolvenz anmelden musste, schien es für einen kurzen Moment, als habe die letzte Stunde des Neoliberalismus geschlagen. Nachdem das Mantra vom Markt und von der Privatisierung seit den siebziger Jahren in aller Munde war, sollen plötzlich die Regierungen eingreifen, um systemrelevante Banken zu retten. Crouch ist ein Kenner, der die Ideengeschichte des Liberalismus bis heute zu umreissen vermag. Dabei wird der Begriff des Neoliberalismus so schillernd, dass etwa der Grundsatz der Wahlfreiheit des Konsumenten fast unmerklich zur Bevormundung durch den Markt umgedeutet wird. Wenn Crouch die Konzerne und ihren politischen Einfluss ins Visier nimmt und die Frage aufwirft, wieso staatliche Eingriffe auf einmal nicht mehr Arbeitnehmer, sondern Finanzmärkte und Banken fördern sollen, ist dem nichts hinzuzufügen.



Paul Mason: „Postkapitalismus. Grundrisse einer kommenden Ökonomie.“ Verlag Suhrkamp, Berlin 2016. ISBN 978-3-518-42539-8.

Wie auf den Trümmern des Neoliberalismus eine gerechtere und nachhaltigere Gesellschaft entstehen könnte: Masons Utopie zeigt einen Weg auf aus unserer Gesellschaftsordnung der deregulierten Märkte und des Konsumzwangs. Die digitale Revolution werde unser kapitalistisches System gehörig umkrempeln – noch mehr als bisher. Und der Postkapitalismus unser Verständnis von Arbeit, Produktion und Wert verändern, vielleicht sogar völlig neu definieren. Das System der freien Marktwirtschaft wird zunächst stark angegriffen und dann vollständig verschwinden. Die Überalterung unserer Gesellschaft, Bevölkerungsexplosion, Flüchtlingsströme und Klimakatastrophe: All diese Schocks, so Mason, werden den Kapitalismus aus den Angeln heben. Das ewige Wachstum, das die Weltwirtschaft braucht, kann so nicht weitergehen.

Wir sagen JA am 25.9.

Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Wissenschaft sind im Komitee Kinderbetreuung JA dabei, partei- und generationenübergreifend. Einige Statements, weshalb die AL-Initiative eine gute Sache ist:



«Leider gibt es bei den Bürgerlichen immer weniger Politikerinnen und Politiker, welche die herausfordernde und bereichernde Verbindung von Familie und Beruf selber leben. Sonst gäbe es mehr Unterstützung für diese wichtige Initiative.»
Ursula Fehr, Gemeindepäsidentin, SVP.



«Oft müssen beide Elternteile arbeiten. Demotivierend, wenn der zweite Lohn für die Kinderbetreuung gleich wieder weg ist...»
Max Elmiger, Direktor Caritas.



«Jeden Franken, den wir in die frühe Förderung der Vorschulkinder stecken, sparen wir später bei aufwändigen sonderpädagogischen Massnahmen.»
Claudia Rabelbauer, Leiterin KiTa Kibiz, EVP.



«Eines fernen Tages wird es einen über die Erwerbsersatzordnung oder die Steuern bezahlten Elternurlaub geben. Bis dahin muss sich die Wirtschaft an Krippen- und Hort-Kosten beteiligen: eine Investition, die sich dank unseren gut ausgebildeten und motivierten Frauen mit Sicherheit lohnen wird!»
Dr. Ellen Ringier, Präsidentin Stiftung Elternsein.



«Gute Kinderbetreuung hat ihren Preis. Jetzt geht es darum, die Kosten solidarisch zu tragen. Das nützt allen: Den Eltern, damit sie ohne finanziellen Druck Beruf und Familie auf die für sie stimmige Weise verbinden können. Den Kindern für Spielraum und Gspändli. Den Unternehmen für motiviertes Personal und Kontinuität. Und der Gesellschaft als Ganzes, weil sich dann mehr Frauen ins Berufsleben einbringen können. Alle reden von Vereinbarkeit. Wir packen die Sache an.»
Maria Eisele, Autorin, AL.



«Eine bezahlbare gute Kinderbetreuung trägt zu einem starken Bildungs- und Wirtschaftsstandort Zürich bei. Kinder, Eltern, Wirtschaft und Staat profitieren - Eltern, Wirtschaft und Staat kommen daher auch gemeinsam für die Betreuungskosten auf!»
Karin Fehr, Kantonsrätin Grüne.



«Kinderbetreuung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu der alle ihren Beitrag leisten müssen: Die Eltern, die Gesellschaft und die Wirtschaft. Damit fördern wir nicht nur die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, sondern auch die Chancengerechtigkeit für unsere Kinder.»
Isabel Garcia, Fraktionspräsidentin GLP.



«Der Fachkräftemangel kann nur behoben werden, durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dazu braucht es eine gute, bezahlbare Kinderbetreuung.»
Rosmarie Quadranti, Präsidentin Kibesuisse.



«Weil alle von qualitativer Kinderbetreuung und frühkindlicher Bildung profitieren, braucht es eine breiter abgestützte Finanzierung. Die Initiative entlastet die Familien, fördert unseren Nachwuchs und stärkt den Standort Schweiz nachhaltig.»
Markus Guhn, Vereinspräsident Orte für Kinder.



«Investitionen in die Kinderbetreuung bringen Vätern und Müttern mehr Möglichkeiten, sich in ihrem Beruf zu engagieren. Den Kindern bringt sie das Wichtigste überhaupt: Mehr Chancengleichheit für alle Kinder im Kanton Zürich!»
Prof. Dr. Margrit Stamm, Erziehungswissenschaftlerin.



«Alle reden über Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Reden allein hilft nichts. Man sollte endlich auch etwas tun. Die Kinderbetreuungs-Initiative zeigt einen machbaren Weg. Wir sollten die Chance nicht vergeben!»
Dr. Markus Notter.



«Die Einrichtung eines Betreuungsfonds, wie ihn die Initiative verlangt, ist ein unterstützungswürdiger Vorschlag. Ich hoffe, dass er eine Mehrheit findet.»
Prof. Dr. Ernst Fehr, Verhaltensökonom.

Weitere Statements auf:
kinderbetreuung-ja.ch

Die richtigen Antworten

Wir können diese Abstimmung gewinnen und wir wollen sie gewinnen! Dafür brauchen wir auch deine Hilfe: Sprich in deinem Freundeskreis darüber, suche das Gespräch in der Betreuungseinrichtung der Kinder, nimm an Standaktionen teil und teile unsere Inhalte auf Facebook. Auf dieser Seite zeigen wir die guten Argumente für die Initiative auf, damit du die Antworten auf kritische Fragen kennst und optimal auf die Diskussionen vorbereitet bist.

Was verlangt die Initiative?

Die Einrichtung eines Fonds für die Förderung der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung.

Warum sollen die Eltern entlastet werden?

Im Kanton Zürich tragen Eltern gut zwei Drittel der Kosten der familienergänzenden Kinderbetreuung. Wegen den hohen Kosten verzichten viele Familien darauf, dass beide Eltern arbeiten. Die Initiative schafft Wahlfreiheit: Eltern können sich für das Betreuungsmodell entscheiden, das für sie und das Kind am besten ist.

Wie soll das Geld eingesetzt werden?

- Ausbau eines bedarfsgerechten Angebots;
- Starthilfen, Anfangsinvestitionen, Ausbau und Verbesserung von bestehenden Angeboten;
- Entlastung der Eltern, Senkung der Elternbeiträge;
- Aus- und Weiterbildung des Personals.
- Qualitätsentwicklung

Woher kommt das Geld?

Arbeitgeber und Selbständigerwerbende zahlen 0.2 Prozent der AHV-pflichtigen Lohnsumme ein.

Gibt es Ausnahmen?

Der Regierungsrat kann Betriebe mit einer tiefen Lohnsumme von der Beitragspflicht befreien. Beim Berufsbildungsfonds beginnt die Beitragspflicht erst ab einer Lohnsumme von 250'000 Franken.

Müssen Unternehmen, die bereits heute etwas machen, doppelt bezahlen?

Nein. Die Betriebe können Ausgaben für die Kinderbetreuung vom Beitrag an den Betreuungsfonds abziehen.

Wird die Verwaltung des Fonds nicht viel Geld verschlingen?

Nein. Die Gelder werden über die bereits bestehenden Familienausgleichskassen eingenommen. Der mit dem Betreuungsfonds vergleichbare Berufsbildungsfonds hat 2014 für Betriebs- und Verwaltungskosten 600'000 Franken aufgewendet.

Wer verwaltet den Fonds?

Der Regierungsrat regelt das in einer Verordnung.

Warum sollen sich Unternehmen an den Kosten der Kinderbetreuung beteiligen?

Einige grosse Unternehmen haben den Wert der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung schon lange erkannt. Sie haben für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Kindern Angebote aufgebaut. Dies ist für die Rekrutierung neuer Arbeitskräfte, aber auch für die Personalbindung im Betrieb sehr wichtig. Mit dem Betreuungsfonds können insbesondere auch kleinere Betriebe von diesen Vorteilen profitieren.

Trägt die Initiative etwas zur Behebung des Fachkräftemangels bei?

Durch mehr, bessere und bezahlbare Kinderbetreuung können Frauen frei wählen, ob und wann sie nach der Geburt eines Kindes in den Arbeitsprozess zurückkehren wollen. Die Förderung der Kinderbetreuung ist der wichtigste Hebel, um das schlummernde inländische Arbeitskräftepotential

besser auszuschöpfen.

Schadet die Initiative der Wirtschaft?

Das Gegenteil ist der Fall. Dank familienergänzender Betreuung sichern sich die Unternehmen Know-how, haben weniger Personalfuktuation und sparen Kosten, die durch Rekrutierung und Einarbeitung entstehen. Beiträge für die Kinderbetreuung sind Investitionen, die sich für Wirtschaft und Gesellschaft auszahlen. Wenn dank Betreuungsangeboten mehr Eltern arbeiten, bezahlen sie auf der einen Seite mehr Steuern, mehr Sozialversicherungsbeiträge und beziehen auf der anderen Seite weniger Sozialleistungen. Der Verbleib im Arbeitsprozess vermindert auch das Risiko von Arbeitslosigkeit.

Ist es nicht besser, wenn Kinder von den Eltern betreut werden?

Eltern sollen das Angebot wählen, das für sie und die Kinder am besten ist: Das kann Betreuung zu Hause, Betreuung in einer KiTa oder in einer Tagesfamilie sein. Dieser Entscheid soll nicht von finanziellen Überlegungen bestimmt, sondern vom Kindeswohl geleitet sein.

Warum werden nicht die Kosten der KiTas gesenkt? Zum Beispiel durch Verzicht auf unnötige Vorschriften?

Unnötige Vorschriften sollen aufgehoben werden. Auf den Preis der KiTas hat das aber kaum Einfluss. 70 Prozent der Ausgaben einer Betreuungseinrichtung sind Personalkosten. Der Preis der KiTas könnte nur dann stark gesenkt werden, wenn man weniger Betreuungspersonal anstellt. Damit würde die Betreuungsqualität aber massiv sinken. Studien zeigen übrigens, dass die Kosten von KiTas in der Schweiz zum Teil sogar tiefer sind als in unseren Nachbarländern Deutschland oder Frankreich.

Was brauchen die Eltern?

Eltern nehmen Betreuungsangebote in Anspruch, wenn folgende drei Bedingungen erfüllt sind:

- Verfügbarkeit: Es braucht Angebote in der Nachbarschaft, um sie in Anspruch nehmen zu können;
- Bezahlbarkeit: Die Kosten müssen für die Familienhaushalte finanziell verkraftbar sein;
- Qualität: Eltern müssen wissen, dass ihre Kinder gut aufgehoben sind.

Alle Fragen auf:
kinderbetreuung-ja.ch



*Kleine Investition –
grosser Nutzen für die Wirtschaft.*

Christian, Unternehmer

JA Bezahlbare
Kinderbetreuung
im Kanton Zürich

25.9.16

kinderbetreuung-ja.ch

Hallo Zahn- bürste



Es ist errichtet!
Der Holidi-
Ersatz «Plaza»
ist seit Kurzem
in voller Le-
bensgrösse im
Graben in der
Winterthurer
Altstadt zu
begutachten.

Selten ist einem öffentlichen Kunstwerk schon seit den ersten Plänen so viel Abneigung entgegengebracht worden. Das hängt allerdings eher mit dem heissgeliebten Vorgänger als mit dem neuen Kunstwerk selber zusammen. Sogar eine Volksinitiative wurde zur Erretung des morschen Holzmanns „Holidi“ lanciert.

Die Wut über die Entsorgung des «Pimmelmanns» wird aber nach wie vor in Richtung des im Volksmund sogenannten «Zahnbürstels» kanalisiert. Zwar gibt es durchaus positive Kommentare: So bemerkt ein junger Passant, dass ihn das Kunstwerk in Zukunft immer daran erinnern wird, sein Zahnbürsteli einzupacken, wenn er auf Reisen geht. Ein sehr funktionales Kunstverständnis. Was man aber öfters zu Ohren bekommt, sind Eltern die zu ihrem Kind sagen: «Schau Yannick-Finn, der Holzmann ist weg, ist schon schade, dass du nicht mehr darauf rumklettern kannst, nicht?» Die politische Manipulation des Nachwuchses schlägt aber praktisch immer fehl. «Dafür kann ich nun zwischen diesen Stäben durchschlüpfen!» jauchzt Yannick-Finn und wuselt zwischen den überdimensionalen Borsten durch! So sind sie eben, die Kinder. Wenn was Neues hingestellt wird, dann wird nicht lange dem Alten nachgetrauert, sondern drauflos ausgekundschaftet! Während die Erwachsenen noch studieren, wie man mit einem Objekt spielen kann, sind die Kleinen schon lange draufgeklettert bzw. durchgeschlüpft. Das war vor 30 Jahren bei der Installation des Holidis wahrscheinlich kaum anders. Die damaligen Erwachsenen konnten sich wohl auch nicht vorstellen, dass die Kinder gerne auf einem Riesenpenis rumhüpfen. Ich wünsche dem Plaza noch eine schöne Lebenszeit. Der Start war auf jeden Fall perfekt: es ist allgemein verhasst und wurde schon mit einem Spitznamen getauft. Gute Voraussetzung, um ein legendäres öffentliches Kunstwerk zu werden!

David Berger

AL Bezirk Horgen expandiert

Anlässlich der Generalversammlung der AL Bezirk Horgen vom 10. Mai, 2016 konnte ein erfreuliches Traktandum behandelt werden: «Aufnahme AL-Ortssektion Adliswil». Deren Gründung erfolgte vor der GV. Die Aufnahme der neuen Ortssektion wurde danach an der Bezirks-GV mit Applaus bestätigt. Präsident der AL Adliswil ist Lukas Besmer.

Konkrete Forderungen

Er setzt die Latte hoch und will mit der AL Adliswil an den nächsten Gemeindewahlen teilnehmen. Dazu meint er: «In Adliswil setzt die bürgerliche Mehrheit im Gemeinderat unverständliche - als Sparen kaschierte - Abbaumassnahmen durch. Ich bin überzeugt, dass die Adliswiler Bevölkerung solche Massnahmen mehrheitlich nicht unterstützt».

Konkret will er folgende Felder bearbeiten:

- Aktivierung der passiven Wahlberechtigten in Adliswil (Stimmbeteiligung beim Urnengang vom 05. Juni 2016: knapp 50%)
- In erster Linie das Volk vertreten resp. Bedürfnisse der Bevölkerung kennen und darauf eingehen (Lobbyarbeit für die Bevölkerung)
- Sachliche, faktenbasierte, transparente Öffentlichkeitsdiskussionen/-Debatten und Entscheidungsfindungen, aktive Kommunikation

Ziel: Einen Sitz im Gemeinderat

Lukas Besmer ist zugleich Mitglied des Vorstandes der Ortsgruppe «Arbeitnehmervereinigung Adliswil» und damit lokalpolitisch gut vernetzt. Ziel ist es, bei den nächsten Parlamentswahlen in Adliswil einen Gemeinderatssitz zu erlangen. Ob dies mit einer gemischten Liste aller



Der Präsident der AL-
Adliswil: Lukas Besmer

Linken oder durch Listenverbindung und mit eigener Liste geschehen soll, ist Gegenstand von Vorgesprächen. Die AL Adliswil ist bereits auf der Homepage der Stadt vermerkt. Damit beste-

hen im Bezirk Horgen nach dreijähriger Aufbauarbeit bereits vier Ortssektionen.

Die Generalversammlung bestimmte zudem den Bezirksvorstand. Neuer Präsident ist Florian Schweizer aus Horgen. Er ersetzt damit Christian Georg Stähelin. Als Bisherige gewählt wurden Dominique Caloz, Finanzen, und David Geeler, Aktuar. Der übrige Vorstand setzt sich aus den Präsidien der Ortssektionen zusammen: Christian Besmer für Langnau, Pascal Werner für Thalwil und neu Lukas Besmer für Adliswil.

AL Bezirk Horgen

Listennummern: Kein Losentscheid

Aufgrund einer von der AL-Kantonsratsfraktion lancierten parlamentarischen Initiative wird sich voraussichtlich etwas an der Zuteilung der Listennummern bei den Nationalratswahlen ändern. Bisher läuft es so, dass Parteien, die im Nationalrat vertreten sind, aufgrund ihrer Wählerstärke eine Listennummer erhalten. Die übrigen werden per Los zugewiesen. Deshalb hatte die AL, obwohl im Kantonsrat mit einer Fraktion vertreten, bei den letzten Nationalratswahlen Listennummer 19, und lag damit hinter der «Anti-Powerpoint-Partei», (Listennummer 17). Diese Platzierung inmitten von Kleinst- und Juxparteien ist nicht unbedingt attraktiv. Der neue Verteilschlüssel sieht drei Gruppen vor: Wie bisher erhalten die bereits vertretenen Parteien die ersten Plätze. Danach folgen jene Parteien, die bereits bei den letzten Wahlen kandidiert haben, und zwar in der Reihenfolge ihrer damaligen Stimmzahl. Die letzten Plätze sollen schliesslich wie bisher per Losentscheid zugewiesen werden. AL-Fraktionspräsident Markus Bischoff erhofft sich davon mehr Wahlgerechtigkeit. EVP und EDU haben die Initiative mitunterzeichnet, als kleine Parteien würden sie ebenfalls von der neuen Regelung profitieren. Der Kantonsrat hat die Initiative vorläufig deutlich mit 117 Stimmen unterstützt.

Die Lotterie der Kultur



In der Verfassung des Kantons Zürich steht: «Wir, das Volk des Kantons Zürich, in Verantwortung gegenüber der Schöpfung und im Wissen um die Grenzen menschl-

icher Macht, im gemeinsamen Willen, Freiheit, Recht und Menschenwürde zu schützen und den Kanton Zürich als weltoffenen, wirtschaftlich, kulturell und sozial starken Gliedstaat der Schweizerischen Eidgenossenschaft weiterzuentwickeln, geben uns die folgende Verfassung...» In Art. 8: «Kanton und Gemeinden schaffen günstige Rahmenbedingungen für wirtschaftliche, kulturelle, soziale und ökologische Innovation.» In Art. 120: «Kanton und Gemeinden fördern die Kultur und die Kunst.»

Ein freisinnig-grüner Brückenschlag will die ordentliche Finanzierung aus Staatsmitteln auf 50% einfrieren. «Die finanzielle Neuregelung der Kulturförderung» fordert eine Revision des Kulturförderungsgesetzes und Schaffung eines Kulturfonds mit festgelegten und be-

schränkten Einnahmen. Das Postulat wurde überwiesen. Mich stört – wie andere auch – der gegenwärtige Zustand, nämlich die lottrige Finanzierung durch den Lotteriefonds ohne solide gesetzliche Grundlage. Aber genau dieser Punkt wird im Postulat nicht einmal ansatzweise behoben. Es heisst unter Absatz b lediglich: «Weitere Beiträge der öffentlichen Hand für kulturelle Projekte oder Institutionen bedürfen einer ausdrücklichen Rechtsgrundlage.» Es verknüpft erneut und einmal mehr die Kulturfinanzierung mit dem Ertrag von Swisslos, wenn auch grosszügiger. Eine solche Finanzierung ist und bleibt eine Lotterie! Andere Aufgaben wie die Finanzierung von kantonalen Strassen, Hochschulen und Spitälern sind auch nicht an den Ertrag der Landeslotterie geknüpft.

Kulturgelder gehören ins ordentliche Budget. Kultur ist eine allgemeine Staatsaufgabe. In einem Kulturstaat muss Kultur ein wichtiger, gesetzlich anerkannter und geförderter Bereich sein. Der Kulturstandort Kanton Zürich braucht langfristig eine verlässliche und gesetzlich verankerte Förderung und Finanzierung seines Kulturschaffens.

Laura Huonker, Kantonratsrätin

AL für faire Gebühren



Im Juni hat der Gemeinderat gegen die Stimmen der Grünen beschlossen, die Grundgebühren von ERZ Abfall 2017 bis 2019 um 50% zu senken. Eine analoge Reduktion bei ERZ

Abwasser haben SP, Grüne und GLP dagegen bachabgeschickt. Aus AL-Sicht hätten die regelmässigen Gewinne und die üppigen angehäuften Reserven bei ERZ Abfall (200 Mio) sowie bei ERZ Abwasser (97 Mio) ohne weiteres bei beiden Betrieben einen Gebührenbonus erlaubt. Auslöser war eine Motion FDP-Gemeinderat Albert Leiser, Direktor des Hauseigentümerversandes (HEV) und mir. Schon die Tatsache, dass die AL zusammen mit dem freisinnigen HEV-Vertreter eine temporäre Gebührenreduktion forderte, sorgte für Stirnrunzeln. Staatstragende Gspänlis von SP und Grünen witterten gar einen Anschlag auf den heiligen Gral des service public. Schliesslich weiss jeder: wenn die AL mit der FDP fremdgeht, ist das eine unheilige Allianz – wenn die SP mit der

FDP zusammenspannt, ist es todsicher eine Koalition der Vernunft...

Auf der Linken erliegen manche dem Irrtum, ein Bekenntnis zum service public sei automatisch ein Ja zu einer Gebühren-Hochhaltungspolitik. Vor allem viele Grüne werten günstige, aber kostendeckende Tarife für Abfall und Abwasser reflexartig als Angriff auf die Ökologie. Fakt ist: Beim Wasser und der Abfall- und Abwasserentsorgung stehen wir einem staatlichen Monopol gegenüber. Hier kollidieren zwei legitime Interessen: das der Betriebe an einer möglichst nachhaltigen Finanzierung und das der KonsumentInnen an möglichst günstigen Tarifen. Das erste wird primär von Exekutive und Verwaltung vertreten, Aufgabe des Parlaments ist es, den Konsumentenstandpunkt zu verteidigen. Unkontrollierte Monopole führen zu Kostenintransparenz und schaffen damit Polster für unnötige und unberechtigte Ausgaben bis hin zum Risiko von Korruption. Beim Abwägen geht es immer auch um die Generationengerechtigkeit: Soll die heutige Generation alles vorfinanzieren oder sollen auch die späteren Nutzniesser dazu beitragen?

Niggi Scherr, Gemeinderat

AL-InhALte mit Biss:



15. April: Der Kantonrat stellt sich taub und sagt Nein zur **Kinderbetreuungsinitiative**.

1. Mai: Christina Schiller informiert über die unüber-

sichtliche Struktur der **Polizeidatenbank** Polis und Walter Angst stellt die **Kinderbetreuungsinitiative** vor.

18. Mai: Die AL stellt ein breitabgestütztes und **hochkarätiges Komitee** für die Kinderbetreuungsinitiative auf die Beine.

25. Mai: Markus Bischoff kritisiert den Bericht der Geschäftsprüfungskommission, der das Vorgehen bei der Beschaffung von **Staatstrojanern** von Regierungsrat Mario Fehr weiss zu waschen versucht

13. Juni: AL und Grüne kritisieren den bekannten Fall der **Zwangsausschaffung** einer tschetschenischen Familie aus Kilchberg

23. Juni: Die AL demonstriert zur Unterstützung des **Julius-Baer-Whistleblowers** Ruedi Elmer, an dessen Prozesstag vor dem Obergericht.

24. Juni: In einer Medienmitteilung erklärt die Kantonratsfraktion ihre Unterstützung der Rückweisung des Richtplans **Hochschulgebiet**.

27. Juni: An einer Podiumsdiskussion informiert das Komitee **Kinderbetreuung JA** mit einem Gast aus der Welschschweiz über das Finanzierungssystem der Kinderbetreuung im Kanton Waadt, das die AL-Initiative für den Kanton Zürich übernehmen will.



30. Juni: Die Kantonratsfraktion erklärt in einer Medienmitteilung ihre Unterstützung des Referendums gegen die **Unternehmenssteuerreform III**.

Ein Lob der Kritik



Immer wieder bin ich mit der Aussage konfrontiert, «sogar von links» kritisiert zu werden. Das klingt dann so, als ob Kritik etwas Schlechtes sei oder

als ob Kritik bedeute, dass ich meine Arbeit nicht ordentlich tue, nämlich nicht im Sinne unserer Partei oder der linken Politik. Und dann sprechen einige bereits von der Kluft oder einer erfolgten Scheidung zwischen der AL und mir.

Ich glaube, dass dieses Verständnis von Kritik falsch ist. Kritik ist ein Bestandteil der politischen Auseinandersetzung, die es braucht, um als Partei bestehen zu können. Wir als Mitglieder der AL müssen uns über die Ziele auseinandersetzen, die wir erreichen wollen, und die Wege, die dorthin führen sollen. Gut, wenn den Diskussionen eine überzeugende Analyse zugrunde liegt, wenn Kritik mit nachvollziehbaren Argumenten geäussert wird. Schön, wenn sie abwägend und ausgewogen daher kommt, und noch schöner, wenn sie in Vorschlägen und Ideen mündet, die Verbesserungen herbeiführen. Eine gewisse Einigkeit in den wichtigen Fragen, die uns beschäftigen, ist hilfreich und manchmal zwingend notwendig. Aber letztlich müssen wir auch mit Widersprüchen und unterschiedlichen Ansichten umgehen können. Und deshalb ist Kritik auch einmal als blanke Kritik zulässig. Auseinandersetzen muss sich die AL auch mit ihrer Rolle der Regierungsbeteiligung. Ich meine, die Beteiligung an der Exekutive soll für unsere Partei eine mehrheitlich positive Angelegenheit sein. Unsere Partei soll an der Regierungsbeteiligung wachsen. Nicht nur zahlenmässig, sondern auch in der inhaltlichen Auseinandersetzung, in der Qualität ihrer eigenen Politik, im Setzen der Werte und Ziele, die sie verfolgt. Und dazu braucht es Kritik.

Richard Wolff, Stadtrat

Wer bringt uns in die Kiste? Die Alternative Liste?

Seit Richard Wolff im Stadtrat für die Polizei zuständig ist, müssen wir uns öfters diesen Slogan anhören. Den wenigsten ist wohl bewusst, dass die AL Zürich den Gang in die Institutionen auch anderswo angetreten hat.

Wir sind seit gut drei Jahren auch Mitglied der Interparteilichen Konferenz des Bezirkes Zürich IPK, ich bin als AL-Vertreterin im Moment sogar IPK-Präsidentin. Dieser Zusammenschluss aller im Kantonsrat vertretenen Parteien handelt in einem freiwilligen Proporz gemeinsame Vorschläge für die Wahl der Richterinnen, Staatsanwälte und Bezirksräte aus. Im März 2017 stehen die Gesamterneuerungswahlen der Staatsanwaltschaften an. Gut möglich, dass ab dann ein AL-Staatsanwalt / eine AL-Staatsanwältin einen Beschuldigten in die Kiste bringt und eine AL-Richterin sein Schicksal besiegelt. Damit ist die AL in Zürich auf relativ leisen Sohlen, fast schon etwas unbemerkt, mitten im Schweizer System der Volkswahl von Richterinnen und Staatsanwälten angekommen.

2013: AL wird Mitglied der Interparteilichen Konferenz.

Nach den KR-Wahlen 2011 erfüllten wir im Bezirk Zürich die Vorgaben, um an der Verteilung dieser Posten teilzuhaben. Die Frage stand im Raum: Wollen wir das? Würden wir mit diesem Schritt nicht Teil des Machtkartells, das wir immer bekämpft hatten? Wenn unser System die Volkswahl vorsieht, ist es dann nicht wünschenswert oder gar Pflicht, im demokratischen Rechtsstaat auch aktiv mit Richterinnen und Staatsanwälten mitzuarbeiten? Ist es redlich, zu akzeptieren, dass unser Staat auch repressive Organe hat – und dann aussen vor zu bleiben und sich die Hände nicht schmutzig zu machen? Nach drei Jahren Mitarbeit in der IPK stelle ich fest: ich bin nun viel mehr mit ganz praktischen Fragen rund um die Organisation des Zürcher Rechtswesens konfrontiert, um die ich mich früher nie kümmern wollte und musste. Auch hier gilt: Es ist alles viel komplexer, als man denkt, nie ist etwas schwarz-weiss. Zugleich besteht aber die Gefahr, dass man sich nur noch im System bewegt und die grundsätzlichen Fragen aus dem Auge verliert.

Volkswahl und freiwilliger Proporz: Ja oder Nein?

Wir wählen im Kanton 66 ordentliche Staatsanwälte, davon 35 im Bezirk Zü-

rich. Daneben gibt es über 90 ausserordentliche Staatsanwälte, die ernannt werden. Die Oberstaatsanwaltschaft bestimmt, wo sie eingesetzt werden. Bis vor kurzem gab es kaum Inhaber des obligatorischen Wahlfähigkeitszeugnisses und fast alle Parteien hatten Mühe, Bewerber für ordentliche Stellen zu finden. Jetzt hat der Wind gedreht. Es hat mehr junge Assistenzstaatsanwälte mit Zeugnis, aber wenige offene ausserordentliche Stellen. Also sind Parteistellen auf einmal interessant. Das leuchtet mir nicht ein. Entweder macht die Volkswahl Sinn, dann sollte es nur noch gewählte Staatsanwälte geben. Oder es ist ein alter Zopf, der abgeschnitten gehört.

Die Rolle der Staatsanwaltschaft

Art. 16 der Strafprozessordnung (StPO) besagt, dass die Staatsanwaltschaft für die gleichmässige Durchsetzung des staatlichen Strafanspruchs verantwortlich ist. Sie leitet das Vorverfahren, verfolgt Straftaten im Rahmen der Untersuchung, erhebt gegebenenfalls Anklage und vertritt diese. Laut Artikel 15 StPO ermittelt die Polizei in ihrem Auftrag Straftaten und untersteht dabei ihrer Aufsicht und ihren Weisungen. Die Staatsanwaltschaft repräsentiert damit einen wichtigen Teil des demokratisch legitimierten staatlichen Repressionsapparates. In der AL herrscht Konsens, dass ein Staat auch repressive Strukturen benötigt. Unsere Vorstellungen, wie diese ausgestaltet sein sollen, sind jedoch nicht mehrheitsfähig.

Staatsanwälte bewegen sich von Berufs wegen im Rahmen der geltenden Gesetze. Ihr Ermessen ist nicht besonders gross. Auch ein AL-Staatsanwalt muss bei klaren Fällen eine Ausschaffung beantragen und für Hausbesetzer U-Haft anordnen. Die Oberstaatsanwaltschaft überprüft ihre Arbeit und es gibt viele Weisungen. In letzter Zeit interessiert sich auch die Öffentlichkeit vermehrt für ihre Parteizugehörigkeit. Ich erlebe diese Entwicklung als zweischneidig. Wo kommen wir hin, wenn wir eine Untersuchung oder einen Strafbefehl nur noch danach beurteilen, ob der Staatsanwalt in der uns genehmen Partei ist? Was uns wieder zur Frage zurückführt, ob es richtig ist, solche Ämter über die Parteien zu vergeben. Oder ob andere Mechanismen zu besseren Resultaten führen würden.

Manuela Schiller, Präsidentin Interparteiliche Konferenz des Bezirks Zürich